

Zeitschrift: Schweizer Schule
Band: 77 (1990)
Heft: 4

Artikel: Demokratisches Exempel?
Autor: Uffer, Leza M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-529435>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kein schulfreier Samstag im Kanton Schaffhausen

In den Schulen des Kantons Schaffhausen wird es keine Versuche mit der Fünftageswoche geben. Der Grosse Rat hat die Motion eines SVP-Kantonsrats mit 65–7 Stimmen nicht erheblich erklärt.

In der Gleichstellung der Schul- mit der Arbeitswelt sah der Motionär speziell eine Chance für das Familienleben. Für die Gegner des Vorstosses wog der befürchtete zusätzliche Stress der Schüler schwerer. Eine SP-Grossrätin verwies auf die Untersuchung des Schulinspektors, nach der ein Drittel aller Schüler bereits jetzt auf Stützunterricht angewiesen ist.

Erziehungsdirektor Ernst Leu begründete den ablehnenden Standpunkt der Regierung mit einer Anfang 1988 bei Eltern, Lehrern und Schulärzten durchgeführten Umfrage.

Baselland

Baselbieter Kreditantrag für Frühfranzösisch

Der Baselbieter Regierungsrat hat dem Landrat einen Verpflichtungskredit von 2,8 Mio. Franken für das Einführungsprojekt Französischunterricht in den 4. und 5. Primarklassen beantragt. In das Kreditbegehren eingeschlossen ist auch die entsprechende Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Der Kredit untersteht dem fakultativen Finanzreferendum.

 **145 Jahre Tradition
im Schweizer Klavierbau.**

Wir bauen für jeden Pianisten, -
ob klassisch oder modern, nach
seinem Geschmack und seinen
Wünschen ein auf ihn zuge-
schnittenes Spitzeninstrument.

Fragen Sie den Fachmann
Tel. 071/42 17 42

 **Sabel**

**PIANOFABRIK
SABEL AG
Rorschach/Schweiz**



Schlaglicht

Demokratisches Exempel?

Die Stimmbevölkerung der Stadt Luzern will keine neue Schulreform. Mit 11201 Nein zu 8476 Ja lehnte sie die Vorlage für eine integrierte Tagesschule ab. Somit kann die Schule für 60 Kinder, die als Pilotprojekt gedacht war, im Pestalozzi-Schulhaus nicht eingerichtet werden.

Das Volk habe mit seinem Entscheid Mündigkeit bewiesen, kommentierte eine von diesem Ausgang erfreute Politikerin, die sich gegen die Tagesschulvorlage eingesetzt hat (sie war für den Ausbau der Horte und für eine Blockzeit-Regelung), indem es (das Volk) der Schülerbetreuung den Vorrang gegeben habe und nicht einem Schulexperiment für ein paar wenige.

Schülerbetreuung also für alle? frage ich mich. Und gleich beginne ich mich über die allzu simple Gestaltung unseres politischen Abstimmungsinstrumentariums zu ärgern. Es hat ja niemand eine Tagesschule für alle verlangt. Aber es wird auf der anderen Seite so argumentiert, als ob alle unter der Einführung der Tagesschule zu leiden hätten. Richtig, vom Geld ist natürlich nicht die Rede gewesen, ging es doch allein um Pädagogik! So wird eine Minderheit, die für sich eine ihren Bedürfnissen gerecht werdende Alternative verlangt, von einer im Extremfall ganz knappen Mehrheit, zu einer allgemeinen Lösung gezwungen, die für diese Mehrheit gar nie auf dem Spiel gestanden hat.

Wir wissen, dass unser Ja-Nein-Verfahren, das eigentlich nur für simple Entscheidungsfragen taugt (Armee ja oder nein...), schon durch das doppelte Nein bei Gegenvorschlägen, dem Veränderungswillen den Status quo vorzieht. Ich meine, man müsste auch darüber nachdenken, wie durch formale Verfahren mehr Demokratie und mehr Minderheitenschutz zu erreichen wären. Denn eine pluralistische Gesellschaft verlangt nach einem Staat, der mit den unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen besser zu Rande kommt. Dann könnte das Volk auch den Politikern gelegentlich die politische Reife zusprechen (falls es nicht lieber auf solches Geschwafel verzichten will).

Leza M. Uffer